Parlamentarischer Abend zur europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung
Caroline-Michaelis-Str. 1, 10115 Berlin
25.2.2016

Bischof Dr. Markus Dröge

„Europäische Werte und Rechte – Für geregelte Einreise- und Asylverfahren“

Sehr geehrte Damen und Herren,

Integration ist der zentrale Begriff der europäischen Politik in den vergangenen Jahrzehnten. Die Integration erfolgte zum einen auf wirtschaftlicher Ebene. Daneben ist Europa aber auch eine Wertegemeinschaft, mit einem gemeinsamen kulturellen und geistigen Erbe. Nach den Anschlägen von Paris war von einem Angriff auf die westlichen Werte die Rede, von Werten, die wir verteidigen müssen. Die Farben der französischen Trikolore haben vor einem Jahr auch hier in Berlin die Werte von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit vor Augen gestellt, für die wir solidarisch eintreten. Europa ist eben nicht nur eine Wirtschaftsunion, sondern eine Wertegemeinschaft.

Bei der Frage, welches Land wie viele Flüchtlinge aufnehmen kann und soll, und wie die Flüchtlingsaufnahme innerhalb der einzelnen Staaten reguliert werden soll, ist diese Solidarität und das Einstehen für unsere Überzeugungen genauso gefragt. Der Schutz von Flüchtlingen und Asylsuchenden ist Teil unseres Wertekanons. Aus christlicher Sicht ein besonders wertvoller Teil, weil sich die Glaubwürdigkeit und die Stärke eines solchen Wertesystems gerade daran misst, dass es den Schwächsten hilft und ihnen ein Recht auf Hilfe zusichert.

Oft wird derzeit recht plakativ das Einhalten von Rechtsordnungen eingefordert. Richtig ist, dass Rechtswahrung, Rechtssicherheit, Rechtsstaatlichkeit ein Anliegen sein und bleiben muss. Es darf nicht dabei bleiben, dass die Rechtsysteme „eine Wunde haben“, wie Udo di Fabio es auf der EKD-Synode im vergangenen November

gesagt hat. Aber das gilt für alle Rechtsbereiche, auch für das entsprechende Völker- und Europarecht. Die Nicht-Beachtung des Asylrechtes beschädigt ebenso unser Rechtssystem. Der Staat, die zivile Gesellschaft und die Schutzsuchenden sind gleichermaßen darauf angewiesen.

Die Debatten sind derzeit heftig, die Chancen für konstruktive Lösungen in Europa scheinen nicht gut zu stehen. Zwischen den Alternativen völlig offener Grenzen und Abschottung durch Stacheldrahtzäune muss es einen dritten Weg geben um humanitär zu handeln im Sinne unserer europäischen Wertegemeinschaft. Geregelte Einreise- und Asylverfahren sind unseres Erachtens dafür der richtige Weg. Eine Politik der Abschottung ist in unserer globalisierten Welt die denkbar schlechteste Alternative. Auch europäische Sicherheitsfragen können nur in Verbindung mit Schutzmassnahmen für Flüchtlinge beantwortet werden. Die Verantwortung der europäischen Wertegemeinschaft endet nicht an den Außengrenzen Europas. Nicht Obergrenzen festzulegen, sondern geregelte Einreise- und Asylverfahren zu etablieren, muss erstes Ziel sein.

Was müssen die politischen und humanitären Ziele eines geregelten Einreise- und Asylverfahrens sein?

Uns allen steht vor Augen, welche Folgen mit ungeregelten, unsicheren und hoch riskanten Fluchtwegen verbunden sind. Wir können nicht zulassen, dass weiterhin Menschen auf der Flucht über das Mittelmeer ertrinken. Politische Maßnahmen müssen ergriffen werden, die dazu dienen, den skrupellosen Schleppern das Handwerk zu legen. Aus unserer Sicht ist aber gerade diesen Zielen am besten gedient, wenn wir sichere und legale Wege nach Europa eröffnen.

Anhand welcher Kriterien könnte eine Neuausrichtung von Registrierungs- und Beratungszentren erfolgen?

Aktuell werden sogenannte Hotspots aufgebaut, die als ein Instrument dienen sollen, um den Zustrom von Flüchtlingen nach Europa zu steuern. Steuerung ist zweifellos notwendig, um die in vielen Fällen chaotischen Zustände entlang der Fluchtrouten in den Griff zu bekommen. Das wichtigste Kriterium ist es, die Perspektive und die

Interessen der Flüchtlinge miteinzubeziehen. Nur wenn die Flüchtlinge diese Gewissheit haben, werden sie die Registrierungszentren auch aufsuchen. Gelingt dies nicht, werden die Einrichtungen umgangen. Es profitieren am Ende die Schlepper, die ihre Methoden verfeinern und neue Fluchtrouten suchen, die für die Betroffenen teurer und gefährlicher werden.

Wir haben uns selbst einen Eindruck verschafft auf einer Reise nach Griechenland, Mazedonien und Serbien, die Prälat Dutzmann, Präsident Lilie und ich im vergangenen September unternommen haben. Wir haben mit den Flüchtenden in Idomeni an der griechisch-mazedonischen Grenze gesprochen. Genau dort, wo jetzt die Stacheldrahtzäune stehen, die wir in den Medien täglich sehen. Wir haben den Eindruck gewonnen, dass Menschen mit familiären und kulturellen Bindungen sich nicht aufhalten lassen, in das Land zu gehen, in das sie wegen dieser Bindungen wollen, koste der Schlepper, was er wolle, oder sei die Gefahr noch so groß oder die Wanderung zu Fuß noch so entbehrungsreich. Diese innere Motivation der Schutzsuchenden nicht zu berücksichtigen, ist zum einen menschenrechtlich fragwürdig und verhindert nicht die notwendige Steuerungsfähigkeit. Wer aber nach seinen Bedürfnissen und Präferenzen gefragt wird, kann beraten werden, die Entscheidung notfalls auch korrigieren und so von vorneherein bürokratische und kostspielige Überstellungsverfahren vermeiden, die zudem menschliches Leid erzeugen.

Unseren Beobachtungen zufolge haben etwa 1/3 der Asylsuchenden ein bestimmtes Ziel in der EU aufgrund besonderer Bindungen vor Augen,

Diese familiären Bindungen, vor allem der engsten Kernfamilie sind unseres Erachtens bei der Auswahl des Ziellandes schon bei der Registrierung zu beachten. Die im Relocation Programm und in der Dublin-Verordnung getroffenen Regelungen greifen oft viel zu spät, in der Praxis teilweise erst nach Monaten und Jahren, bis die Kernfamilie innerhalb Europas zusammengeführt werden kann und laufen dann völlig ins Leere, da oft eine illegale Weiterreise erfolgt.

Die Mehrheit der Schutzsuchenden hat jedoch keine Präferenz oder nur eine durch Schlepper generierte oft völlig falsche Vorstellung von den Aufnahmebedingungen und -möglichkeiten in Europa. Hier kann man aus unserer Sicht durchaus steuernd

eingreifen und bei einer guten und unabhängigen Beratung eine Ziellandentscheidung treffen, die von den betroffenen Personen auch akzeptiert wird. Notwendig sind Registrierungszentren, die realistisch über Asylchancen informieren, und unrealistische Hoffnungen deutlich machen. Sie müssen Beratung und humanitäre Hilfe bieten. Die Interessen der Flüchtlinge sind abzugleichen mit den Aufnahmebereitschaften und –möglichkeiten der betreffenden EU-Mitgliedstaaten, so dass am Ende eine nachvollziehbare Entscheidung über das Zielland getroffen werden kann. Nur in diesem Land sollte dann der Asylantrag gestellt werden können. Das Prinzip des „one chance only", das von der Dublin-Regelung intendiert, aber oft nicht durchsetzbar war, würde so bestehen bleiben.

Wenn eine Koalition aufnahmebereiter Länder gewonnen werden kann, diese vorläufige Notfallmaßnahme zu treffen, wäre in der Praxis eine sofortige Erleichterung spürbar. Nachdenkenswert ist die Idee, ein sog. laissez-passers im Sinne einer befristeten Aufenthaltserlaubnis zur Reise in das abgestimmte Zielland zu gewähren. Welchen positiven Effekt würde dies haben? Die illegale Weiterreise innerhalb der EU wird legalisiert, das Schlepperwesen innerhalb der EU wird von einem Tag auf den anderen beendet sein und Grenzkontrollen obsolet werden.

Natürlich muss die Aufnahmefähigkeit und Aufnahmebereitschaft von einzelnen Ländern berücksichtigt werden. Es ist klar, dass dazu eine Koalition der Willigen in Europa, die aber auch auf Länder der Visegrad-Gruppe zugeht und sie nicht ins politische Abseits stellt, nötig ist. Wir müssen die großen Länder wie Frankreich und Großbritannien wieder an den Verhandlungstisch bringen und um die gemeinsam bereits kodifizierten Werte ringen.

Ein weiteres wichtiges Kriterium für die Funktionsfähigkeit und Akzeptanz der Registrierungs – und Beratungszentren ist eine verbindliche und transparente Kooperationen mit Nichtregierungsorganisationen: Die Europäische Union hat sich verpflichtet, in enger Partnerschaft mit humanitären Organisationen zusammen zu arbeiten, insbesondere mit den Nothilfeagenturen der VN, dem Roten Kreuz/Roten Halbmond und den NRO, die am besten in der Lage sind, humanitäre Hilfe an Ort und Stelle durchzuführen. Bislang jedoch geschieht die Zusammenarbeit mit diesen Organisationen wenn überhaupt nur wenig koordiniert und ad-hoc. Die Einbindung und der

Zugang von Nichtregierungsorganisationen erlaubt die dringend notwendige Monitoring und Transparenz. Für NRO gibt es bislang kaum Möglichkeit nachzuvollziehen, was innerhalb der Einrichtungen passiert. Das muss sich ändern, den Transparenz erhöht das Vertrauen in die Arbeit der Einrichtungen.

Es wäre nun ein Leichtes, die hier von mir aufgezeigte Perspektive als derzeit wegen der politischen Haltungen in Europa nicht umsetzbar zu bezeichnen. Wer sich aber eine werteorientierte Perspektive erhalten will, der muss auch über aktuelle, tagespolitische Konstellationen hinauszublicken und mittelfristige Zielvorstellungen entwickeln, auf die hin das politische Engagement ausgerichtet wird.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.